



Irgendwann, auch wenn es kaum noch jemand wirklich erwartet, wird der Flughafen BER in Schönefeld eröffnen. Der wirksamste Schutz gegen eine dritte Landebahn, die Rangsdorf massiv mit Lärm belasten würde, ist die zunächst weitere Offenhaltung des Flughafens in Tegel als kleineren Verkehrsflughafen. Schon heute wäre der neu gebaute BER zu klein, sollen deshalb die alten Flughafengebäude in Schönefeld weiter genutzt werden.

Wenn Tegel erst einmal geschlossen ist, wird es keinen zweiten Verkehrsflughafen in Berlin-Brandenburg für die nächsten Jahrzehnte geben.

In Rangsdorf können Sie nicht, wie in Berlin, direkt für die Offenhaltung von Tegel stimmen. Sie können mit der Stimme für die FDP dieses Berliner Votum für Tegel unterstützen. Nur die FDP ist sowohl in Berlin, als auch in Brandenburg und in der Bundespartei für eine Offenhaltung des Flughafens in Tegel. Die FDP hat sich auf ihrem Bundeparteitag mit sehr großer Mehrheit für einen Weiterbetrieb des Flughafens Tegel ausgesprochen. Mit einer starken FDP im Flughafenumfeld des BER können Sie einen Beitrag dafür leisten, dass es kein „Spiel“ wie beim Nachtflugverbot gibt. Damals war Brandenburg dafür, Berlin aber leider dagegen. Deshalb wurde trotz der Annahme des Bürgerbegehrens durch den Landtag nichts aus dem Nachtflugverbot. Zur Offenhaltung von Tegel droht nun, dass Berlin (wegen des Volksvotums) dafür ist, diesmal aber das Land Brandenburg blockiert. In diesem Fall könnte der Gesellschafter Brandenburg durch Berlin und die Bundesrepublik überstimmt werden.



Bei dem Brandenburger Volksbegehren „Bürgernähe erhalten – Kreisreform stoppen“ geht es um viel mehr als das Verhindern von Kreiszusammenschlüssen. Das Volksbegehren will den Landtagsbeschluss zum Leitbild für eine Verwaltungsstrukturreform in Brandenburg aufheben. Dieses von SPD und Die Linke im Brandenburger Landtag beschlossene Leitbild, dessen Grundlagen veraltete Bevölkerungsprognosen und veraltete Finanzausstattungszahlen für Brandenburg sind, behindert die Entwicklung in Brandenburg.

Noch nie konnte Brandenburg in der Summe mehr finanzielle Einnahmen aus Steuern und Bundeszuweisungen erwarten als in den nächsten Jahren. Jedes der letzten Jahre lag von der Höhe der Steuereinnahmen über den Vorjahr. Statt des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs erleben wir, auch in den Radregionen im Süden und im Nordosten, Bevölkerungszuwächse. Die Geburtenzahlen sind gestiegen, auch ganz unabhängig von den zu uns geflüchteten Menschen. In Städten wie Jüterbog oder Luckenwalde in unserem Landkreis, aber auch in der Stadt Brandenburg, gibt es nun zu wenige Kita-Plätze. In den Städten und Gemeinden entsteht ein erheblicher Finanzbedarf zum Bau von Kita-Plätzen und zur Erweiterung von Schulen.

Wie reagiert die von SPD und Die Linke getragene Landesregierung darauf? Der neue Finanzbedarf in den Kommunen wird bei der Gemeindefinanzierung nicht berücksichtigt. Es fehlt an Zahlen zur Bedarfsermittlung, weil die größte Verwaltung im Land Brandenburg, die Landesverwaltung, erst zum Ende 2018 in der Lage sein soll, die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung und Finanzausstattung den Realitäten anzupassen. So unfähig kann die größte Verwaltung im Land gar nicht sein. Stecken politische Gründe hinter den fehlenden aktuellen Prognosen? Schließlich lebt es sich als Landtagsmehrheit auch einfacher, wenn man nicht für die Gemeinden zum Bau von Schulen und Kita's mehr finanzielle Mittel bereitstellen muss. Und die geplante Verwaltungsreform muss man ohne neue Prognosen auch nicht den Realitäten anpassen.

Für Rangsdorf bedeutet das Leitbild der Landtagsmehrheit aus SPD und Die Linke, dass wir bis 2020 auf 10.968 Einwohner wachsen, dann aber bis 2030 auf 10.684 Einwohner abnehmen sollen. Tatsächlich leben heute schon mehr als 11.250 Einwohner in Rangsdorf. Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren soll bis 2020 auf 1543 abnehmen. Es leben aber heute schon mehr als 1440 Kinder in Rangsdorf, die 2020 unter 15 Jahre sein werden. In den nächsten 3 Jahren werden bis Ende 2020 noch einige Geburten und Zuzüge erwartet. Aktuell leben mehr als 1800 Kinder unter 15 Jahren im Ort.

Rangsdorf soll nach dem Leitbild der Fraktionen von SPD und Die Linke im Rahmen der bestehenden zentralen Bereiche nach 2020 mit anderen Orten zusammengeschlossen werden. Unser durch die Landesplanung festgesetzter zentraler Bereich umfasst die Gemeinden Am Mellensee, Baruth und das Mittelzentrum Zossen.

Deshalb: Unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift das Volksbegehren. Sorgen Sie mit Ihrer Unterschrift dafür, dass die Mehrheit im Landtag und die Landesregierung sich den Realitäten stellen. Wir sind nicht gegen Reformen, diese sollten aber auf der Basis der Realität durchgeführt werden. Unterschreiben können Sie das Volksbegehren im Rathaus oder in den Bibliotheken.